

S.I.B. - STEUER-INFORMATIONEN

Ausgabe 06/2017

Inhaltsverzeichnis**Steuerrecht / Sozialversicherungsrecht**

1. Notwendigkeit von Rechnungsberichtigungen im UStG *
2. Vorsteuervergütung für Drittlandsunternehmer
3. Der Sommer naht – was es bei Ferialjobs zu beachten gilt
4. Aktuelles zur Aufteilung von pauschalen Entgelten bei Beherbergung und Verköstigung
5. Kosten für eine Augenlaseroperation sind keine Werbungskosten

Immobiliensteuerrecht

6. VwGH zur Begrenzung der größtenmäßigen Steuerbefreiung bei Veräußerung des Hauptwohnsitzes

* Quelle: „Umsatzsteuer aktuell“ Nr. 147/Mai 2017



1. Notwendigkeit von Rechnungsberichtigungen im UStG

Werden, häufig im Rahmen von steuerlichen Betriebsprüfungen, **mangelhafte Rechnungen** entdeckt, stellt sich die Frage nach der **Möglichkeit zur Rechnungsberichtigung**, vor allem im Zusammenhang mit der Zulässigkeit des Vorsteuerabzugs.

Zunächst ist festzuhalten, dass eine ordnungsgemäße Rechnung im Sinn des UStG nur notwendig ist, wenn ein Unternehmer im Inland von einem anderen Unternehmer Leistungen für sein Unternehmen bezieht. Eine **ordnungsgemäße Rechnung ist insbesondere nicht notwendig** in den Fällen des **Reverse Charge** (auch nicht bei den Fällen des Reverse Charge bei Leistungen innerhalb Österreichs wie etwa bei Reverse Charge von Bauleistungen) **und bei innergemeinschaftlichen Erwerben**. In diesen Fällen muss jedoch beachtet werden, dass eine in einer Rechnung ausgewiesene Steuer nicht als Vorsteuer abzugsfähig ist, sehr wohl abzugsfähig sind jedoch die „Vorsteuer Reverse Charge“ bzw. die „Vorsteuer aus ig. Erwerb“.

Liegt ein **Mangel** in einem Fall vor, in dem eine ordnungsgemäße **Rechnung** notwendig ist, so kann diese **grundsätzlich immer berichtigt werden**. Zu beachten ist, dass eine solche **Berichtigung jedoch nur vom Rechnungsaussteller** vorgenommen werden darf. Der Empfänger darf eine Berichtigung selbst dann nicht vornehmen, wenn er die Änderungen belegen kann.

Beispiel:

*Ein Kunde erhält eine mangelhafte Rechnung über eine empfangene Leistung. Im Zuge einer Betriebsprüfung wird deshalb der Vorsteuerabzug versagt. Der Kunde will mit dem leistenden Unternehmer Kontakt aufnehmen, dies ist jedoch nicht möglich. Der leistende **Unternehmer hat zwischenzeitig Konkurs angemeldet**, die betriebliche Tätigkeit wurde beendet.*

*In diesem Fall kann die **Rechnung nicht mehr berichtigt werden**. Der Rechnungsempfänger dürfte in so einem Fall beispielsweise auch eine falsche Schreibweise seiner eigenen Kundendaten nicht berichtigen, dies obwohl er die korrekten Daten zu seinem Unternehmen belegen könnte.*

Ist eine Berichtigung zulässig, ist für die Wirksamkeit einer solchen eine Voraussetzung, dass sie vom Rechnungsaussteller vorgenommen wird und **dem Rechnungsempfänger – im Zweifel nachweislich – zur Kenntnis gebracht wird**.

Eine nur „intern“ vorgenommene Rechnungsberichtigung entfaltet keine Rechtsfolgen!

Entschließt sich der Rechnungsaussteller, eine Berichtigung vorzunehmen, so gibt es oft Unsicherheit betreffend der **Art und Weise einer solchen Berichtigung**. Zur Art der Berichtigung gibt es weder im österreichischen UStG noch in der Mehrwertsteuersystemrichtlinie der EU Vorgaben. Das heißt, die **Methode ist „frei wählbar“**.

Mögliche Berichtigungen reichen von der Ergänzung oder Korrektur von Rechnungsmerkmalen auf der ursprünglich ausgestellten Rechnung bis zur Stornierung der ursprünglichen Rechnung und einer Neuausstellung.

Entscheidend ist aus Sicht der Finanzverwaltung, **dass erkennbar ist**, dass eine Berichtigung vorgenommen wurde, was berichtigt wurde, wann berichtigt wurde und von wem berichtigt wurde.

Auch zur Verwendung einer neuen **Rechnungsnummer** oder der ursprünglichen Nummer gibt es keine Vorgaben. Es kann für die berichtigte Rechnung eine neue Rechnungsnummer verwendet werden, wenn klar erkennbar ist, dass es sich um eine Berichtigung einer früher ausgestellten Rechnung handelt oder es wird die gleiche Rechnungsnummer verwendet. Auch in diesem Fall muss erkennbar sein, dass eine ursprüngliche Rechnung berichtigt wurde.

Die **Rechnungsnummer** ist nach Ansicht der Finanzverwaltung das einzige Rechnungsmerkmal, das der **Leistungsempfänger nicht prüfen muss** (vgl. UStR, Rz 1539). Dies deshalb, weil er diese Prüfung gar nicht vornehmen kann. Es ist nicht möglich zu prüfen, ob im Rechenwerk des leistenden Unternehmers die Belegnummern durchgehend nach einem logischen System vergeben werden oder nicht. Der Leistungsempfänger kann sich bei diesem Rechnungsmerkmal darauf beschränken, das Vorhandensein einer solchen zu prüfen.

Die in der Rz 1539 der UStR bis 2013 gemachte Aussage, dass auch die **UID-Nr. des leistenden Unternehmers** nicht geprüft werden muss, wurde mit Wirkung ab Anfang 2014 gestrichen. Dies war eine Reaktion auf die Rechtsprechung des BFG (vormals UFS). Dieses vertrat in ständiger Rechtsprechung die Meinung, dass eine **ungültige UID-Nr. des leistenden Unternehmers kein gültiges Rechnungsmerkmal sein kann**.

Entsprechend müssen/sollten somit auch die UID-Nr. von inländischen Lieferanten geprüft werden.

In der Praxis tritt immer wieder der Fall auf, dass nicht einzelne Rechnungen, sondern eine **Reihe von Rechnungen nicht ordnungsgemäß** ausgestellt wurden. In diesen Fällen ist eine **Sammelberichtigung zulässig** (vgl. Rz 1534 der UStR).

Beispiel:

Der leistende Unternehmer hat von einem Kunden veraltete Daten gespeichert. Daher werden über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr insgesamt 27 Rechnungen mit falschen Daten des Kunden (Name, Anschrift etc.) ausgestellt. Schließlich trifft die Reklamation des Kunden ein.

In diesem Fall kann der leistende Unternehmer eine Sammelberichtigung vornehmen. Dies kann etwa in der Form geschehen, dass in einem „Schreiben“ auf diese 27 Rechnungen Bezug genommen wird (jeweilige Rechnungsnummer mit Ausstellungsdatum) und angeführt wird, dass der Kundename und die Kundenanschrift wie folgt richtig lautet:.....

Mit dieser Berichtigung werden die Mängel in allen angeführten 27 Rechnungen berichtigt.

Schließlich stellt sich noch die Frage, ob einer **Rechnungsberichtigung eine Rückwirkung zukommt** oder ob die Rechtsfolgen im Zeitpunkt der Rechnungsberichtigung eintreten.

Die Finanzverwaltung vertritt dazu die Rechtsmeinung, dass eine Berichtigung grundsätzlich im Zeitpunkt der Berichtigung eintritt, die Rz 1831 der UStR weisen jedoch darauf hin, dass im Fall von Außenprüfungen bei einer Berichtigung innerhalb angemessener Frist eine Rückwirkung eintritt.

Beispiel:

Im Zuge der Betriebsprüfung wird ein Rechnungsmangel aufgedeckt. Der Unternehmer kann innerhalb der vereinbarten Frist von z.B. drei Wochen eine berichtigte Rechnung vorlegen.

In diesem Fall soll es entsprechend den UStR zu einer Rückwirkung kommen, das heißt, der bereits ursprünglich vorgenommene Vorsteuerabzug wird anerkannt.

Der EuGH hat dazu ausgesprochen, dass bei Ergänzung von zwingenden Merkmalen eine Rückwirkung dieser Berichtigung anerkannt werden muss. Dieser Ansicht hat sich das BFG angeschlossen, der Fall liegt derzeit auf Grund einer Amtsbeschwerde beim VwGH. Es bleibt **abzuwarten, ob zukünftig eine Rechnungsberichtigung immer rückwirkend anzuerkennen** sein wird.

2. Vorsteuervergütung für Drittlandsunternehmer

Am **30.6.2017** endet die Frist für die Rückvergütung von in **Drittländern** (z.B. Schweiz, Türkei) entrichteten **Vorsteuerbeträgen**. Österreichische Unternehmen, die davon betroffen sind, sollten daher **rechtzeitig** einen entsprechenden **Antrag** stellen.

Die Frist gilt aber auch für **ausländische Unternehmer** mit Sitz **außerhalb** der **EU**. Diese können **bis** zum **30.6.2017** einen Antrag auf **Rückerstattung** der **österreichischen Vorsteuern** für das Jahr **2016** stellen. Zuständig für die Anträge ist das **Finanzamt Graz-Stadt** (Antragstellung mit dem **Formular U5** und bei erstmaliger Antragstellung Fragebogen Verf 18). **Belege** über die entrichtete Einfuhrumsatzsteuer und sämtliche Rechnungen sind dem Antrag **im Original** beizulegen.

Nicht zu verwechseln ist der Termin mit der **Frist für die Vorsteuervergütung innerhalb der EU**, welche erst am **30. September 2017** endet. Anträge für dieses Vergütungsverfahren müssen elektronisch via **FinanzOnline** eingebracht werden.

3. Der Sommer naht – was es bei Ferialjobs zu beachten gilt

Es gibt viele Gründe für einen **Ferialjob**, der besonders oft während der **Sommermonate** absolviert wird. Neben dem Sammeln von **Praxiserfahrungen** oder dem Hineinschnuppern in ein aufregendes Berufsfeld, ist oftmals auch das liebe Geld für die Entscheidung ausschlaggebend, im Sommer arbeiten zu gehen. Damit (im Nachhinein) **keine unangenehmen Konsequenzen** eintreten, müssen auch die **steuerlichen** und **sozialversicherungsrechtlichen** Aspekte sowie etwaige Auswirkungen auf die **Familienbeihilfe** berücksichtigt werden. Die nachfolgenden Ausführungen gelten selbstverständlich nicht nur für „Ferialjobs“ sondern auch für laufende Jobs neben dem Studium.

Steuerliche Konsequenzen

Die **ertragsteuerliche Behandlung** bei **Ferialjobs** hängt grundsätzlich davon ab, ob man bei dem Arbeitgeber **angestellt** ist oder in Form eines **Werkvertrags** bzw. **freien Dienstvertrags** tätig wird. Dauert das **Angestelltenverhältnis** z.B. nur einen Monat (aber jedenfalls kürzer als ein volles Jahr) und werden aufgrund einer entsprechend hohen Entlohnung **Sozialversicherung und Lohnsteuer einbehalten**, so ist es ratsam, in dem darauf folgenden Kalenderjahr eine **Arbeitnehmerveranlagung** durchzuführen. Der Antrag auf Arbeitnehmerveranlagung kann sogar **bis zu 5 Jahre zurück** gestellt werden und führt **regelmäßig** zu einer **Steuergutschrift**, da die Bezüge auf das ganze Jahr verteilt werden und eine Neudurchrechnung der Lohnsteuer vorgenommen wird.

Erfolgt die **Beschäftigung** im **Werkvertrag** bzw. auf Basis eines **freien Dienstvertrags**, so liegen Einkünfte aus **selbständiger Arbeit** vor und es wird **keine Lohnsteuer** einbehalten. Ab einem Jahreseinkommen von 11.000 € bzw. von 12.000 € wenn auch lohnsteuerpflichtige Einkünfte darin enthalten sind, **muss** eine **Einkommensteuererklärung** abgegeben werden. **Umsatzsteuerpflicht** ist i.Z.m. Ferialjobs auf **Werkvertragsbasis** bzw. als freier Dienstnehmer **theoretisch** denkbar, aber jedenfalls **erst** dann, wenn die **Nettoeinnahmen 30.000 € übersteigen**, da bis dahin die **unechte Umsatzsteuerbefreiung** als **Kleinunternehmer** gilt. Bis zu 30.000 € **Nettoumsätzen** muss auch **keine Umsatzsteuererklärung** abgegeben werden.

Familienbeihilfe

Der Verdienst aus einem Ferialjob kann, insbesondere wenn er mit anderen Einkünften zusammenfällt, dazu führen, dass die **Zuverdienstgrenze** für die **Familienbeihilfe überschritten** wird. Ist dies der Fall, so muss der die Grenze **überschreitende Betrag zurückgezahlt** werden. An die Familienbeihilfe ist auch das Schicksal des **Kinderabsetzbetrags** geknüpft. Die (zumeist für die Eltern) unliebsame Rückzahlungsverpflichtung tritt ein, wenn auf das Kalenderjahr bezogen ein **steuerliches Einkommen** von **mehr als 10.000 €** erzielt wird, wobei gewisse **Besonderheiten** bei der Ermittlung dieser Grenze zu berücksichtigen sind. **Wichtigste Ausnahme** ist das Alter, da die **Zuverdienstgrenze** für Jugendliche **vor Vollendung des 19. Lebensjahres keine Bedeutung** hat. Ab Beginn des Kalenderjahres, das auf den 19. Geburtstag folgt, muss allerdings unterschieden werden, ob die **Einnahmen** (z.B. aus dem Ferialjob) in den **Zeitraum** fallen, in dem **Familienbeihilfe bezogen** wurde oder nicht. Erfolgt etwa kurzfristig kein Bezug von Familienbeihilfe, so sind Einnahmen während dieses Zeitraums **nicht maßgeblich** für die Berechnung der Zuverdienstgrenze. **Keine Familienbeihilfe** wird z.B. bezogen, wenn die vorgesehene Studienzeit in einem Studienabschnitt überschritten wurde. Ebenso wenig zu relevanten Einnahmen zählen z.B. Sozialhilfe als einkommensteuerfreier Bezug, **Entschädigungen** für ein anerkanntes **Lehrverhältnis** oder **Waisenpensionen**. Das für die Zuverdienstgrenze relevante Einkommen ergibt sich schließlich, nachdem die mit den Einnahmen zusammenhängenden **Ausgaben abgezogen** wurden. Wichtig ist zu beachten, dass für die Familienbeihilfe **nicht nur aktive Einkünfte** (bei dem Ferialjob sind das im Regelfall Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit) sondern **alle** der **Einkommensteuer** unterliegenden **Einkünfte** maßgebend sind – **endbesteuerte Einkünfte** (z.B. Zinsen oder Dividenden) bleiben steuersystematisch korrekt jedoch **außer Ansatz**.

Neben dem **Beobachten** der Einkünfte des laufenden Jahres, um das Überschreiten der Zuverdienstgrenze (z.B. durch einen Ferialjob) antizipieren zu können, ist wichtig, dass **bei Überschreiten** der Zuverdienstgrenze die **Familienbeihilfe** im darauffolgenden Jahr **neu beantragt** werden muss. Voraussetzung ist freilich, dass das steuerliche Einkommen im neuen

Jahr 10.000 € unterschreitet. Die **Voraussetzungen** für den Bezug von Familienbeihilfe bzw. für das Überschreiten der Zuverdienstgrenze **ändern** sich auch dann **nicht**, wenn die **Auszahlung** der **Familienbeihilfe direkt an das Kind** erfolgt. Dies kann bei **Volljährigkeit** mit Zustimmung des anspruchsberechtigten Elternteils beim Finanzamt beantragt werden und führt dann auch zur Überweisung des Kinderabsetzbetrags auf das angegebene Konto. **Rückforderungsansprüche** betreffend die Familienbeihilfe richten sich trotzdem **weiterhin** an die **Eltern**.

Konsequenzen in der Sozialversicherung

Die meisten Ferialpraktikanten – wenn sie **angestellt** sind und somit nicht auf Basis eines Werkvertrags bzw. freien Dienstvertrags arbeiten – werden **sozialversicherungsrechtlich** wie **normale Arbeitnehmer** behandelt. Beträgt das **Bruttogehalt** mehr als **425,70 € monatlich**, so treten Pflichtversicherung und Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen ein.

Schließlich sollte aus **Arbeitgebersicht**, insbesondere seit Inkrafttretens des **Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes**, darauf geachtet werden, dass die Ferialpraktikanten entsprechend entlohnt werden, da es ansonsten zu empfindlichen **Verwaltungsstrafen** kommen kann. Es ist sicherzustellen, dass weder der **kollektivvertraglich** zu leistende **Grundlohn** unterschritten wird noch dass es bei der Bezahlung von Praktikanten zur **Nichtgewährung** von arbeitsrechtlichem Entgelt kommt, welches laut Gesetz, Verordnung oder **Kollektivvertrag** gebührt (z.B. Überstunden oder Zuschläge laut Gesetz oder Kollektivvertrag).

4. Aktuelles zur Aufteilung von pauschalen Entgelten bei Beherbergung und Verköstigung

Die **umsatzsteuerliche Behandlung** von **Beherbergungsleistungen** in eingerichteten Wohn- und Schlafräumen war im letzten Jahr im Fokus des Gesetzgebers. Nachdem der anzuwendende **Umsatzsteuersatz** vom Gesetzgeber von **10% auf 13% erhöht** wurde, hat sich die Finanzverwaltung auch Gedanken über die korrekte Umsetzung und Ausgestaltung aus umsatzsteuerlicher Sicht gemacht.

In der **Vergangenheit** konnte sowohl die **Beherbergung** als auch die **Abgabe von Speisen** zum **10%igen Steuersatz** erfolgen. **Seit 2016** ist die **Aufteilung des Entgelts** etwas **komplexer** geworden, so unterliegt die **Beherbergungsleistung dem 13%igen Steuersatz**, die **Abgabe von Speisen dem 10%igen Steuersatz** und die **Abgabe von Getränken** (mit Ausnahme von Getränken im Rahmen eines ortsüblichen Frühstücks) weiterhin dem **20%igen Steuersatz**.

Wird für die **Beherbergung und Verköstigung** ein **pauschales Entgelt** vereinbart, so ist dieses Entgelt auf die einzelnen **Leistungssteile aufzuteilen**. Grundsätzlich erfolgt die **Aufteilung im Verhältnis der Einzelverkaufspreise** der einzelnen Leistungssteile. **Vereinfachend** kann die Aufteilung des pauschalen Entgelts bei Vorliegen von Einzelverkaufspreisen alternativ auch anhand der **durchschnittlichen Einzelverkaufspreise** des **vorangegangenen Veranlagungszeitraums** erfolgen. Sollten **keine Einzelverkaufspreise** vorliegen (z.B. falls ausschließlich Halbpension angeboten wird oder externen Gästen keine vergleichbare Verköstigung angeboten wird), ist nach den **anfallenden Kosten** aufzuteilen. Zur Aufteilung der Kosten, falls keine Einzelverkaufspreise vorliegen, enthalten die **Umsatzsteuerrichtlinien** (in Rz 1369) **Erfahrungswerte** der Finanzverwaltung. Es wird hierbei sowohl nach **Zimmerpreis(kategorien)** unterschieden wie auch danach, ob Zimmer mit Frühstück, Halbpension oder Vollpension vorliegt.

Nach **Ansicht der Finanzverwaltung** ist nicht hinsichtlich des **Alters** der beherbergten Personen zu differenzieren. Daher ist auch ein pauschales Entgelt für die Beherbergung und Verköstigung von Kindern aufzuteilen. Werden Kleinkinder unentgeltlich beherbergt, liegt kein gesondertes Entgelt vor, welches aufgeteilt werden könnte. Schließlich ist die Verköstigung im Rahmen einer sogenannten „**3/4 Pension**“ (dabei handelt es sich um Frühstück, „Jause“ und Abendessen) für Zwecke der **Aufteilung des pauschalen Entgelts** wie die Verköstigung im Rahmen einer **Vollpension** zu behandeln, wenn die Jause eine volle Mahlzeit ersetzt.

5. Kosten für eine Augenlaseroperation sind keine Werbungskosten

Die Geltendmachung von Kosten, welche zwar mit der **beruflichen Tätigkeit** zusammenhängen, aber **auch** für die **private Sphäre** des Steuerpflichtigen **Nutzen** bringen, wird üblicherweise von der Finanzverwaltung **kritisch hinterfragt**. So auch im Falle einer **Augenlaseroperation**, welche Voraussetzung für die Aufnahme in den Polizeidienst war und deshalb die damit zusammenhängenden Kosten von der (späteren) Polizistin als **Werbungskosten** geltend gemacht werden wollten. Die **mangelnde Privatveranlassung** für die Operation wurde auch damit begründet, dass ihr die Fehlsichtigkeit vor dem beruflich motivierten Aufnahmeverfahren nie aufgefallen war und erstmals bei der polizeiärztlichen Untersuchung festgestellt wurde.

Das **Bundesfinanzgericht** betonte in seiner Entscheidung (GZ RV/5102231/2016 vom 28.4.2017), dass Aufwendungen im Zusammenhang mit **Krankheiten** nur dann als **Werbungskosten** in Betracht kommen, sofern es sich um **typische Berufskrankheiten** handelt oder sie auf einen **Arbeitsunfall** zurückzuführen sind. Die Augenlaseroperation erfüllt diese Voraussetzungen auch deshalb nicht, weil die „Krankheit“ im Sinne der **Fehlsichtigkeit** bereits **vor Antritt des Berufs** behoben wurde und **nicht durch** den **Beruf verursacht** wurde. Wenngleich die Augenlaseroperation eine sachlich gerechtfertigte Voraussetzung für die Aufnahme in den Polizeidienst darstellen mag, so kommt die **Korrektur der** (mit 1,75 Dioptrie nicht nur geringfügigen) **Fehlsichtigkeit** – vergleichbar dem Tragen einer Brille – **vor allem** im **privaten Bereich** zum Tragen.

Immerhin können aber die Kosten i.Z.m. einer Augenlaseroperation als **außergewöhnliche Belastung** steuerlich geltend gemacht werden, sofern die **Voraussetzungen** (Außergewöhnlichkeit, Zwangsläufigkeit und wesentliche Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit) **erfüllt** sind.

6. VwGH zur Begrenzung der größenmäßigen Steuerbefreiung bei Veräußerung des Hauptwohnsitzes

Die **Steuerbefreiung** für den Verkauf einer Immobilie, die dem Steuerpflichtigen als **Hauptwohnsitz** gedient hat, stellt eine wichtige **Ausnahme von der Immobilienertragsteuer** dar. Strittig ist dabei die Frage, ob der gesamte Veräußerungserlös steuerfrei bleiben kann oder ob der eine Größe von **1.000 m²** übersteigende **Grundanteil steuerverfangen** ist. Diese Grenze wird von der **Finanzverwaltung** in Rz 6334 der Einkommensteuerrichtlinien gezogen. Eine **Entscheidung des BFG** im Jahr 2015 (GZ RV/2101044/2014 vom 17.4.2015, siehe auch KI 08/15) hat die **Anwendbarkeit** dieser **Begrenzung** mit 1.000 m² Grundanteil **abgelehnt**. Das **Verfahren** wurde allerdings auf Antrag der Finanzverwaltung beim VwGH **fortgesetzt**.

Nach **Auffassung des VwGH** (GZ Ro 2015/15/0025 vom 29.3.2017) ist die Befreiungsbestimmung dahingehend auszulegen, dass dem begünstigten Eigenheim **„Grund und Boden“**; in jenem Ausmaß zuzuordnen ist, das **üblicherweise als Bauplatz** erforderlich ist. Die Beurteilung, welche Grundstücksgröße üblicherweise für einen Bauplatz erforderlich ist, erfolgt nach der **Verkehrsauffassung**. Im Ergebnis hat der VwGH damit eine **größenabhängige Begrenzung** der Steuerfreiheit anerkannt. Es ist davon auszugehen, dass die Finanzverwaltung die in den Einkommensteuerrichtlinien verankerte Grenze mit einem Grundanteil von maximal 1.000 m² weiter anwenden wird. Allerdings ist eine solch **starre Grenzziehung** i.S.d. Frage, welche Fläche üblicherweise als Bauplatz erforderlich ist, dem Erkenntnis des VwGH nicht zu entnehmen. Somit ist es auch **nicht ausgeschlossen**, dass **Grundanteile**, die **1.000 m² übersteigen**, von der **Hauptwohnsitzbefreiung umfasst** sind. Eine abschließende Rechtsicherheit besteht daher leider weiterhin nicht.